

5 Der Rechtspopulismus und die Krisendynamik der Gegenwart

Ich habe den Rechtspopulismus als mythologische Form der Krisendeutung und Krisenverarbeitung analysiert. Abschließend möchte ich zentrale Ergebnisse resümieren und sie auf einige der im zweiten Kapitel behandelten Positionen und Probleme der Rechtspopulismusdebatte rückbeziehen. Auch auf die problematische Art und Weise, in der große Teile der liberalen und linken Öffentlichkeit auf den Rechtspopulismus reagieren, möchte ich noch zu sprechen kommen.

Ich habe die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Dekaden aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive als allgemeine Krisenentwicklung beschrieben. Im liberalen Mainstream-Diskurs werden gesellschaftliche Krisenphänomene hingegen überwiegend in einem individualistischen Deutungsmuster interpretiert. Finanzmarktkrisen werden etwa aus dem Fehlverhalten von Spekulant*innen und anderen Finanzmarktakteur*innen erklärt. Strukturelle Arbeitslosigkeit wird nicht als objektives Krisenphänomen verstanden, sondern darauf zurückgeführt, dass sich Individuen nicht ausreichend angestrengt und weitergebildet haben. Selbst wenn anerkannt wird, dass bestimmte Krisensymptome strukturelle Ursachen haben, werden diese als isolierbare Probleme aufgefasst, die im gegebenen institutionellen Rahmen bearbeitet werden können.

Situationen, in denen sich Krisenentwicklungen so weit zuspitzen, dass die etablierten Wissensformen und Handlungsstrategien nicht mehr greifen, in denen Problemlagen und Widersprüche als überwältigend und nicht mehr bearbeitbar erscheinen und Identitäten brüchig

zu werden beginnen, bilden den Ansatzpunkt des mythologischen Denkens. Während das liberale Denken keine Krise im Sinne einer *gesellschaftlichen* Krise wahrnehmen kann, bietet der Mythos einem aufkommenden Krisenbewusstsein eine Ausdrucksform. Dabei werden Semantiken, die in einer früheren Epoche gebildet wurden, aufgegriffen und der gesellschaftlichen Lage entsprechend aktualisiert. Der Mythos ist keine Wiederkehr des Archaischen. Er gestaltet Tradiertes um oder integriert zeitgenössische Begriffe und Deutungsmuster. Wie sich an der *Identitären Bewegung* und der *Alt-Right-Bewegung* beobachten lässt, werden zunehmend auch Elemente aus der Popkultur aufgegriffen (Bruns/Glösel/Strobl 2017: 278-280).

In welcher Weise sich die Mythen in einer Krisenkonstellation aktualisieren und welche neuen mythologischen Formen entstehen, ist eine empirische Frage. Im dritten Kapitel habe ich die grundlegenden Deutungsmuster des Rechtspopulismus untersucht und knapp auf die Traditionen verwiesen, an die sie anschließen. In einem Teil des rechtspopulistischen Diskurses wird das Eigene als Gesellschaft verstanden, die Fremden werden als Gemeinschaft gefasst. In diesem Zusammenhang habe ich den Diskurs über Migrant*innen, Minderheiten und den Islam als aktualisierte Form von Rassismus analysiert. Dieser Rassismus reproduziert einerseits das Grundmuster des in der (früh-)bürgerlichen Epoche entstandenen kolonialen und *liberalen Rassismus*, andererseits lassen sich Tendenzen eines Übergangs zu einer Form beobachten, die sich als *völkischer Rassismus* kennzeichnen lässt. Hier wird das Eigene als Gemeinschaft beschrieben, die in ihrer Substanz von einer Elite bedroht wird, welche die Merkmale von Gesellschaft personifiziert. Die Fremden werden auch hier als »barbarische« Gemeinschaft gesehen, allerdings werden ihre Eigenschaften, die im liberalen Rassismus als minderwertig wahrgenommen wurden, nun anders bewertet: sie werden als potenzielle Stärken und in einer neuen Weise als bedrohlich empfunden – als massiv, verdrängend, überwältigend. Im völkischen Rassismus kippt das bürgerlich-liberale Selbstbild. Das Bild des Eigenen als Gesellschaft wird abgelöst durch die Vorstellung, Teil einer Gemeinschaft zu sein, deren Substanz als bedroht wahrgenommen wird (Selbststrassifizierung). Der paranoide Strang des rechtspopu-

listischen Elitendiskurses verhält sich komplementär zu dieser Vorstellung, indem er eine Ursache für die empfundene Bedrohung auszumachen versucht. Er findet sie in der Figur der globalistischen oder kosmopolitischen Elite. Ich habe argumentiert, dass es sich dabei um eine Ersatzbildung für offenen Antisemitismus handelt. Das Grundmuster des Antisemitismus, aber auch zentrale Stereotype, Bilder und Narrationen werden übernommen und der aktuellen gesellschaftlichen Lage entsprechend modifiziert.

Die Doppelstruktur des Rassismus lässt sich, wie ich gezeigt habe, aus der Form des Subjekts erklären, also der spezifischen Weise, in der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft zum gesellschaftlichen Ganzen ins Verhältnis gesetzt werden. Zentral ist, dass das Verhältnis der Einzelnen zur gesellschaftlichen Totalität ambivalent ist. Im liberalen Rassismus, der tendenziell stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht, wird diese Ambivalenz latent gehalten. Dass sie dennoch vorhanden ist, zeigt sich daran, dass auch im liberalen Rassismus, der die Fremden primär abwertet, gleichzeitig immer wieder Momente von Bewunderung und Neid durchscheinen, aber auch die Angst, von den Fremden überwältigt zu werden. In der Krise kommt die Ambivalenz voll zur Geltung. Für die Analyse des Rechtspopulismus folgt daraus, dass die beiden Stränge nicht einfach als zwei Positionen betrachtet werden sollten, die nebeneinander existieren, wie das in vielen Darstellungen geschieht (konservativ-liberale vs. völkisch-identitäre Fraktion). Es stimmt zwar, dass die Diskursstränge schwerpunktmäßig in unterschiedlichen Gruppen verortet sind, doch diese Feststellung übersieht, dass die eine Fraktion punktuell immer auch die Deutungsmuster der anderen übernimmt. Das Verhältnis der beiden Deutungsmuster ist dialektisch: das eine ist im anderen (latent) enthalten; das liberale Selbstbild kann ins völkische Selbstbild umschlagen. Die Dynamik zwischen den beiden Deutungsmustern stellt sich einerseits als ein Oszillieren oder eine Art Überblendung dar. Andererseits ist zu vermuten, dass es bei einer Verschärfung der Krise innerhalb des rechtspopulisti-

schen Weltbildes zu einer Verschiebung von der liberalen zur völkisch-identitären Position kommt.¹

Die rechtspopulistische Krisenmythologie liefert eine umfassende Deutung von Gesellschaft und Geschichte. Sie re-symbolisiert das Ganze, das in den Phasen ökonomischer Prosperität von den Individuen nicht gewusst zu werden braucht und für das es im atomistischen liberalen Denken keine Begriffe gibt. Damit macht der Mythos das Unverständliche der bürgerlichen Gesellschaft – ihre »naturwüchsigen«, nicht-intendierten, verselbstständigten und darum anonymen und abstrakten Mechanismen und Prozesse – verstehbar. Die gesellschaftliche Krisenentwicklung wird in der *Logik der Handlung* interpretiert und mit *subjektivem Sinn* versehen, indem sie auf die Intentionen von Kollektivsubjekten zurückgeführt wird. Das beinhaltet jedoch zugleich die Leugnung der Krise als ökonomischer und gesellschaftlicher. Der rechtspopulistische Krisenmythos bietet auf diese Weise nicht nur eine Deutung an, sondern stellt den Versuch dar, die Krise auch praktisch zu verarbeiten und Identität aufrechtzuerhalten.

Ich möchte nun auf einige der im zweiten Kapitel behandelten Positionen und Probleme der sozialwissenschaftlichen (Rechts-)Populismusdebatte zurückkommen. Ich beginne mit der Frage nach der Rationalität des Rechtspopulismus, auf die die drei von mir unterschiedenen Erklärungstypen – implizit oder explizit – unterschiedliche Antworten geben. Kulturelle und affekttheoretische Ansätze verweisen auf die irrationalen Momente, die politischen und ökonomischen Ansätze tendieren dazu, die Unterstützung des Rechtspopulismus als eine rationale Strategie zu interpretieren. Ich habe an dieser zweiten Position problematisiert, dass sie, um ihre Rationalitätsannahme aufrechterhalten zu können, entscheidende Aspekte des Rechtspopulismus ausblenden muss. Wenn wir unter Rationalität eine adäquate Relation von Mitteln und Zwecken verstehen, dann hat die rechte Mythologie rationale und irrationale Momente. Ein rationaler Impuls zeigt sich in dem Versuch,

1 Eine Radikalisierungsdynamik, die sich an den Auseinandersetzungen und Kräfteverschiebungen innerhalb der AfD beobachten lässt.

die soziale Realität zu verstehen und auf diese Weise Handeln zu ermöglichen. Ihre Irrationalität resultiert aus dem Wunsch, die Identifikation mit einer sozialen Realität aufrechtzuerhalten, deren Grundlagen in der Krise brüchig geworden sind.

Aufgrund dieser irrationalen, dem Identitätsbedürfnis entspringenden Anteile kann der Rechtspopulismus insgesamt nicht als rationale Handlungsstrategie verstanden werden. Das schließt nicht aus, dass bestimmte Gruppen politische Interessen mit ihm verbinden oder aus der Umsetzung einer rechtspopulistischen Politik ökonomische Vorteile ziehen könnten. Doch Handlungsstrategien, die sich aus dem mythologischen Kern des Rechtspopulismus ableiten, können nicht rational sein. Alle Handlungen und politischen Maßnahmen, die sich gegen die Elite und die Fremden richten, weil sie sich von der Vorstellung leiten lassen, dass die Eliten die eigentlichen Urheber und die Fremden die Manifestation aller Probleme sind, werden nicht zu den Zielen führen, die von ihnen intendiert wurden. Wenn es einer rechtspopulistischen Partei gelänge, die gesamte liberale Elite zu entmachten und selbst die Macht zu übernehmen, dann mag das für die rechtspopulistischen Politiker*innen individuell betrachtet rational sein, weil sie an Macht und Anerkennung gelangen. Es ist aber nicht rational nach den Maßstäben des rechtspopulistischen Weltbildes und der von ihm proklamierten Ziele, denn auch die komplette Beseitigung der Elite löst nicht die Krise, für die sie verantwortlich gemacht wird. Auch eine »Minusmigration« und »Deislamisierung«, wie sie viele rechtspopulistische Akteur*innen fordern, wird kaum eines der gesellschaftlichen Probleme lösen, die mit den Fremden verbunden werden. Im Gegenteil: eine pauschale Antimigrationspolitik ist wirtschaftspolitisch betrachtet für die meisten entwickelten kapitalistischen Ökonomien hochgradig irrational. Die Handlungen, die sich gegen die Elite und die Fremden richten, sind nicht Mittel zu den Zwecken, zu denen sie Mittel sein wollen. Eine stabile, harmonische, krisenfreie kapitalistische Gesellschaft lässt sich auch als rassifizierte Gemeinschaft nicht herstellen.

Als nächstes möchte ich auf einige Probleme zu sprechen kommen, die mit dem Rechtspopulismusbegriff verbunden sind. Ich hatte dar-

auf hingewiesen, dass der Rechtspopulismus häufig als eine Unterform des Populismus gefasst wird (vgl. 2.1). Das geschieht durch eine *additive Begriffskonstruktion*: das ›rechte Element‹ (wie auch immer es jeweils genannt wird: Fremden-, Migrations-, Islamfeindlichkeit oder auch Rassismus) ist etwas, das zur Kerndefinition des Populismus (Volk vs. Elite) hinzugefügt wird. Aus der Perspektive der von mir entwickelten theoretischen Überlegungen lässt sich eine dreifache Problematik einer solchen Begriffsbildung aufzeigen:

Erstens korrespondiert diese Begriffskonstruktion, die das ›rechte Element‹ dem ›populistischen Element‹ unterordnet mit der von mir kritisierten allgemeinen Tendenz der (Rechts-)Populismusdebatte, den Rassismus in der empirischen Beschreibung, vor allem aber in der theoretischen Reflexion zu marginalisieren oder ganz auszublenden. Der Rassismus und andere Diskurse und Motive, die in einer langen Tradition des rechten, aber eben auch liberalen Denkens stehen, verschwinden im Abstraktum Populismus. Es entsteht der falsche Eindruck, der gegenwärtige Rechtspopulismus hätte mehr mit Juan Perón und dem amerikanischen *populist movement* zu tun, als mit der *Konservativen Revolution*, dem *Faschismus* und dem *Nationalsozialismus*.

Zweitens ermöglicht es die additive Begriffsbildung, einen tendenziell problematischen Rechtspopulismus von einem tendenziell weniger problematischen Populismus oder einem von manchen Autor*innen als emanzipatorische Alternative empfohlenen Linkspopulismus zu unterscheiden (vgl. Mouffe 2018). Demnach wäre die Unterscheidung von Volk und Elite nur populistisch und das problematische ›rechte Element‹ komme erst durch das Feindbild der Fremden hinzu. Wie ich jedoch gezeigt habe, ist im Rechtspopulismus nicht nur die Abwertung der Fremden, sondern auch die Konstruktion des Eigenen als homogene und substantielle Gemeinschaft Teil des Rassismus – nämlich des völkischen Rassismus. Dieser Zusammenhang wird durch die Begriffskonstruktion Populismus-Rechtspopulismus verdeckt. Damit soll nicht behauptet werden, dass jede Form von Gemeinschaftskonstruktion und damit jede Form von Populismus eine Form von Selbststrassifizierung darstellt. Das entscheidende Kriterium ist, ob die Gemeinschaft als homogen gedacht und durch eine gemeinsame Substanz definiert wird

(vgl. 4.5). Erst wenn innere Differenz, Antagonismus und individuelle Freiheit suspendiert und das Individuum aufs Kollektiv verpflichtet wird, kann von Selbstrassifizierung gesprochen werden.

Eine dritte Problematik ergibt sich aus dem Versuch, den Rechtspopulismus strikt von den benachbarten politischen Strömungen des Konservatismus einerseits und des Rechtsextremismus/Neofaschismus andererseits abzugrenzen. Rucht (2017: 36) etwa versucht, die Differenzen zwischen diesen drei Strömungen über die Befürwortung oder Ablehnung bestimmter Prinzipien zu bestimmen. Der Konservatismus zeichne sich durch eine starke Befürwortung der liberalen Demokratie und von Eliten aus, der Rechtspopulismus hingegen habe ein ambivalentes Verhältnis zur liberalen Demokratie und lehne Eliten ab. Der Rechtsextremismus hingegen lehne die Demokratie ab und sei stärker ethnozentristisch als der Rechtspopulismus. Jörke und Selk (2017) versuchen den Populismus nach rechts abzugrenzen, indem sie auf das Merkmal des Konservatismus verweisen. Die Populist*innen der Gegenwart würden »häufig restaurativ-wiederherstellende, konservativ-gemäßigte, in gewissen Grenzen illiberale Ziele [vertreten], die insgesamt erheblich von der umstürzlerischen und radikalen Programmatik neofaschistischer, neonationalsozialistischer und rechtsradikaler Gruppierungen abweichen« (Jörke/Selk 2017: 74). Wenn man diese beiden Definitions- und Abgrenzungsversuche mit der Empirie abgleicht, kann man viele Bestimmungen plausibel finden. Es ist zutreffend, dass sich rechtspopulistische Parteien, zumindest in ihrer offiziellen Programmatik, nicht gegen die Demokratie stellen. Es werden kein totalitärer Staat und kein Führerprinzip eingefordert. Auch für die von Jörke und Selk angeführten konservativen und »restaurativ-wiederherstellenden« Ziele lassen sich viele Belege anführen. Bei näherer Betrachtung und aus der Perspektive meiner theoretischen Überlegungen erscheinen diese Definitionen dennoch problematisch. Der von Jörke und Selk angeführte Konservatismus passt nicht zur Anti-Eliten-Position des Rechtspopulismus – zumindest, wenn man das unter Konservatismus versteht, was in den westlichen Nachkriegsdemokratien darunter verstanden wurde: eine bürgerlich-staatstragende Haltung, die sich mit den bestehenden

Institutionen identifiziert (vgl. 3.3). Gerade das tut der Rechtspopulismus nicht. Zwar vertritt er kein offensiv umstürzlerisches Programm, doch die Kritik an den Eliten richtet sich nicht nur gegen eine Gruppe, sondern auch gegen die Institutionen, die sie repräsentieren. Tragende Strukturen der heutigen Gesellschaftsordnung (wie die EU, den Euro, die Politik der Zentralbanken, internationale Freihandelsabkommen, die Nato usw.) entweder abzuschaffen oder grundlegend umzubauen, gehört zu den zentralen Forderungen aller rechtspopulistischen Kräfte. Im rechtspopulistischen Krisenmythos gelten diese Institutionen als Instrumente, die von der Elite erschaffen wurden, um ihre bössartigen Pläne in die Tat umzusetzen. Nur wenn die Elite und ihre Institutionen beseitigt werden, ist es möglich, zur *guten Ordnung* zurückzukehren.

Geht man von dieser Grundstruktur aus, dann weist der Rechtspopulismus mehr Gemeinsamkeiten mit dem Faschismus auf als mit dem bürgerlichen Nachkriegskonservatismus: beide beruhen auf einer Untergangsvorstellung und proklamieren die Idee einer nationalen »Wiedergeburt« (vgl. Griffin 1991). Der Rechtspopulismus sollte daher nicht als konservativ, restaurativ, regressiv oder reaktionär charakterisiert werden, sondern ist als zeitgenössische Gestalt der *konformistischen Revolte* zu bestimmen. In seinem Weltbild muss das Bestehende überwunden werden, um Wertvolles zu erhalten und Verlorenes wiederherzustellen. Der Rechtspopulismus entsteht in einer Konstellation, in der der bürgerliche Konservatismus, der sich mit dem Bestehenden identifiziert und es lediglich verwalten möchte, durch sich verschärfende Krisentendenzen brüchig wird. Es ist die Krise des bürgerlichen Konservatismus, die die Bereitschaft zur konformistischen Revolte hervorreibt. Der Rechtspopulismus ist somit (noch) nicht faschistisch, aber auch schon nicht mehr konservativ. Diese Dynamik wird in den vielen Versuchen, den Rechtspopulismus zu definieren und zu kategorisieren, ausgeblendet. Alle Definitionen stellen die Bewegung ihres Gegenstandes still und tendieren zur Verdinglichung. Gerade beim gegenwärtigen Rechtspopulismus ist es aber besonders problematisch, da er, als ein Krisenphänomen, hochgradig dynamisch ist.

Wenn meine Überlegungen richtig sind, dann ist davon auszugehen, dass sich die rechtspopulistischen Krisenmythen ihrer inneren Lo-

gik gemäß zuspitzen und in ihrer wahnhaften und destruktiven Qualität steigern werden, wenn die gesellschaftlichen Krisenentwicklungen anhalten oder sich gar verschärfen. Das würde unter anderem bedeuten, dass mit einer weiteren Zunahme der Gewalt gegen diejenigen zu rechnen wäre, die mit den Fremden oder mit der Elite identifiziert werden. Prognostizieren lässt sich jedoch nichts. Niemand kann sagen, welche Gestalten und Verlaufsformen die verschiedenen Krisenentwicklungen annehmen werden. Auch die zukünftige Entwicklung und Stärke der rechtspopulistischen Strömungen lässt sich kaum vorhersagen. Neben zahlreichen anderen Faktoren wird jedoch auch entscheidend sein, wie sich die linken, liberalen, aber auch, sofern noch vorhanden, bürgerlich-konservativen Teile der Bevölkerungen verhalten werden. Zum Abschluss möchte ich daher einige kurze Anmerkungen zu der Art und Weise machen, wie die liberale ›Mitte‹ und die politische Linke gegenwärtig auf den Rechtspopulismus reagieren. Dabei gehe ich davon aus, dass in beiden Strömungen ein Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Gesellschafts- und Geschichtsverständnis und dem Umgang mit dem Rechtspopulismus besteht.

Die Linke (im weitesten Sinne verstanden) verweist schon seit langem auf gesellschaftliche und insbesondere ökonomische Krisenentwicklungen und Problemlagen und verfügt damit über ein bestimmtes Krisenbewusstsein, gelangt aber sowohl im Hinblick auf die Krisenursachen als auch im Hinblick auf den Rechtspopulismus zu Fehleinschätzungen. Die Fehleinschätzung der Krisenursachen resultiert aus einem in weiten Teilen der Linken verbreiteten Politizismus, der ein voluntaristisches Verständnis von Krisen nach sich zieht. Insgesamt besteht die Tendenz, die makroökonomischen Entwicklungen seit dem Ende des Fordismus (Globalisierung, Finanzialisierung usw.) aber auch die damit in Verbindung gebrachten krisenhaften Erscheinungen (Ökonomisierung, Prekarisierung, Sozialstaatsabbau, Austerität, Arbeitslosigkeit usw.) auf die Durchsetzung einer falschen Ideologie und Wirtschaftspolitik zurückzuführen, die häufig mit dem Neoliberalismus identifiziert wird. Unterstellt wird damit, dass nach dem Ende des Fordismus auch eine *ganz andere* Politik möglich gewesen wäre.

Diese Sichtweise beruht auf einer Überschätzung politischer Handlungsmacht und einer Unterschätzung der naturwüchsigen Zwänge, die vom Kapital und seiner Krisendynamik ausgehen und denen auch die Politik ausgesetzt ist. Selbstverständlich wurden viele der Strukturen, die die ökonomischen Makroentwicklungen der letzten Dekaden ermöglicht haben, durch politische Entscheidungen hervorgebracht, die wiederum auf bestimmten politischen und ökonomischen Ideologien und Programmen beruhten. Doch diese Ideologien und Programme entstehen nicht im luftleeren Raum. Sie resultieren aus den Versuchen der politischen Funktionsträger*innen, auf vorangegangene gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren und Lösungen für die aus ihnen entstandenen Problemlagen und Widersprüche zu finden. Konkret gesprochen: Die in weiten Teilen der Linken verbreitete Vorstellung vom Neoliberalismus als einem Herrschaftsprojekt, das sich irgendwelche Macht-Cliquen ausgedacht haben, um die Welt ins Unglück zu stürzen, zeichnet ein schiefes Bild der Realität. Der Neoliberalismus entstand in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise von 1929. Mit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren sind neoliberale Konzepte teilweise in die Politik und in staatliche Institutionen eingegangen, weil man sich davon einen neuen Schub für die Kapitalakkumulation versprach. Erst wenn man diese strukturellen Determinanten in die Betrachtung einschließt und in ein Verhältnis zur neoliberalen Doktrin und zu konkreten politischen Maßnahmen und institutionellen Neuerungen setzt, kann sich ein adäquates Bild der historischen Entwicklung, der gegenwärtigen Krisenkonstellation und der aktuellen Handlungsspielräume der Politik ergeben.

Problematisch am gegenwärtigen linken Diskurs sind nicht nur die voluntaristische Schlagseite der vorherrschenden Krisenanalysen, sondern auch einige der aus diesen abgeleiteten politischen Lösungsvorschläge. Damit meine ich vor allem alle Vorschläge, die eine Abkehr von der globalisierten Ökonomie und supranationalen politischen Institutionen und die Wiederherstellung einer national- und wohlfahrtstaatlich »eingehegten« Ökonomie im Sinn haben (Streeck 2021). Abgesehen davon, dass die mitschwingende Nostalgie, die die »verwaltete Welt« des Fordismus zur besten historisch realisierten Sozialordnung

verklärt, mehr als fragwürdig ist, ist es aus ökologischen aber auch aus ökonomischen Gründen unplausibel anzunehmen, dass eine Neuaufgabe des national- und wohlfahrtsstaatlich »eingehegten« Kapitalismus in Zukunft *möglich* ist. Das Kapital, das sich aus seinem inneren Akkumulationsdrang heraus globalisiert, hat transnationale politische Strukturen zur Funktionsvoraussetzung.

Was den Rechtspopulismus betrifft, finden sich in der Linken unterschiedliche Reaktionsweisen. Einerseits gibt es eine klare Abgrenzung und eine konsequente Kritik rechter Positionen; auf der anderen Seite findet sich in großen Teilen der Linken aber auch eine Tendenz, die sich in den oben analysierten ökonomischen und politischen Erklärungsansätzen spiegelt (vgl. 2.3.1 und 2.3.2), nämlich bei den Anhänger*innen des Rechtspopulismus ökonomische Motive oder gar eine gesellschaftskritische Haltung zu vermuten. Diese Rationalisierungen laufen, ob gewollt oder ungewollt, auf eine Verharmlosung und Legitimierung rechtspopulistischer Positionen hinaus. Ein historisches Muster droht sich zu wiederholen. Seit Ende des 19. Jahrhunderts gab es immer wieder Versuche seitens der Linken, in den völkischen, rassistischen und antisemitischen Bewegungen revolutionäre oder emanzipatorische Aspekte zu entdecken und sie auf diese Weise einzugemeinden. Doch die damalige Behauptung, der Antisemitismus sei nur der »Sozialismus der dummen Kerle« oder bereite eine revolutionäre Stimmung vor, die von der Linken dann nur noch aufgegriffen werden müsse², ist genauso falsch wie die heute verbreitete These, der Populismus sei der neue Sozialismus (vgl. etwa Goodhart 2017: 72). Die Tendenz, im Rassismus, im Antisemitismus und im Hass auf Frauen den lediglich fehlgeleiteten Ausdruck einer eigentlich berechtigten sozialen Unzufriedenheit sehen zu wollen, ist fatal.

2 Die Formulierung vom »Antisemitismus als Sozialismus der dummen Kerle« stammt von dem österreichischen Linksliberalen Ferdinand Kronawetter, wurde aber lange Zeit August Bebel zugeschrieben; die zweite Einschätzung stammt tatsächlich von Bebel, er formuliert sie 1893 in einem Grundsatzreferat mit dem Titel *Antisemitismus und Sozialdemokratie*.

Die liberale ›Mitte‹ steht dem Rechtspopulismus in weiten Teilen verständnislos gegenüber. In vielen Fällen wird er, wo immer es möglich ist, ausgeblendet und normalisiert, ansonsten dominiert die Strategie der Moralisierung: antidemokratische, rassistische oder sexistische Aussagen werden – teilweise auch sehr deutlich und konsequent – verurteilt, ohne sich jedoch um ein tiefergehendes Verständnis dieser Phänomene zu bemühen. Man findet das rechtspopulistische Treiben zwar subjektiv unappetitlich und empörend, gelangt aber zu keiner adäquaten Einschätzung der objektiven Ursachen. Das liegt daran, dass das liberale Denken nicht bereit ist, auf seine gesellschaftlichen Grundlagen zu reflektieren. Sein Verständnis des Sozialen ist atomistisch. Es existieren nur isolierte Phänomene und Relationen, aber keine gesellschaftliche Totalität. Das liberale Denken ist daher ohne Krisenbewusstsein: es kann und will nicht sehen, dass der bürgerlichen Gesellschaft eine Krisentendenz innewohnt. Jeder sich zuspitzende Widerspruch, jede fundamentale Not und Verzweigung und eben auch jede Form von destruktiver Krisenverarbeitung wird in ein isoliertes Problem umdefiniert, das es zu bearbeiten, im besten Fall zu lösen, mindestens aber zu mildern gilt, damit der Weg des gesellschaftlichen Fortschritts, der heute etwas nüchterner ›Modernisierung‹ heißt, weitergegangen werden kann.

Die liberale Ideologie hat nie behauptet, die bürgerliche Gesellschaft sei fehlerfrei. Sie spricht ihr jedoch ein unerschöpfliches Potenzial zur Selbstverbesserung zu. Diese Grundüberzeugung wurde im 20. Jahrhundert durch ein untergründiges Staatsvertrauen und einen Steueroptimismus ergänzt. Trotz all der Krisenerscheinungen der letzten Dekaden ist es der liberalen ›Mitte‹ daher gelungen, einen pragmatischen Berufsoptimismus aufrechtzuerhalten, auch wenn dieser immer häufiger gute Miene zum bösen Spiel machen muss und bisweilen verbissene Züge annimmt. Das prägt auch den Umgang mit der erstarkenden populistischen und extremen Rechten. Der liberale Diskurs sieht – um Karl Poppers berühmten Titel aufzugreifen – die offene Gesellschaft auf der einen und ihre Feinde auf der anderen Seite, nicht aber, dass die offene Gesellschaft ihre Feinde selbst hervorbringt. Weil dieser Zusammenhang nicht anerkannt wird, kann der Rechts-

populismus nur durch Normalisierung und Rationalisierung virtuell eingemeindet oder aber durch Moralisierung ausgebürgert werden.

